

# Studierendenschaft der Universität Hamburg

Vorlage 2526/071

## - Studierendenparlament -

Wahlperiode 2025/2026

6. April 2026

1

1

2 **Sachantrag**

3

4

5 der Fraktion Juso-Hochschulgruppe

6

7

8 **Nein zur Genehmigungspflicht von Auslandsaufenthalten durch die**  
9 **Bundeswehr!**

10

11

12 Das Studierendenparlament möge beschließen:

13

14 **Sachverhalt:**

15

16 Das Studierendenparlament der Uni Hamburg lehnt den neuen Wehrdienst und die mit  
17 seiner Einführung einhergehende Meldepflicht für längere Auslandsaufenthalte ab.  
18 Insbesondere die Verschärfung im Vergleich zur bis 2011 geltenden Regelung, die eine  
19 Abmeldung nun auch außerhalb des Spannungs- oder Verteidigungsfalls vorsieht, passt  
20 nicht zu einem freiheitlichen und sozialstaatlichen Verständnis von Mobilität, Bildung und  
21 individueller Lebensgestaltung, sondern reiht sich ein in eine zunehmende staatliche  
22 Kontrolle insbesondere junger Menschen im „wehrfähigen Alter“.

23

24 Die Regelung ist Ausdruck einer politischen Entwicklung hin zu einer verstärkten  
25 Militarisierung der Gesellschaft, in der individuelle Freiheitsrechte den vermeintlichen  
26 sicherheitspolitischen Interessen des Staates untergeordnet werden. Studierende, die auf  
27 internationale Mobilität, Austauschprogramme und wissenschaftliche Kooperation  
28 angewiesen sind, werden durch diese Regelung strukturell benachteiligt. Diese  
29 Maßnahme ist zudem als Teil einer staatlichen Strategie zu verstehen, die  
30 Reproduktionsfähigkeit militärischer Strukturen im Interesse ökonomischer und  
31 geopolitischer Machtkonkurrenz sicherzustellen, während die Interessen der arbeitenden  
32 und lernenden Bevölkerung in den Hintergrund treten. Die Einführung des sogenannten  
33 „Neuen Wehrdienstes“ ist dabei im Kontext einer umfassenderen sicherheitspolitischen  
34 Neuausrichtung, die eng mit globalen ökonomischen Konkurrenzverhältnissen verknüpft  
35 ist zu verstehen.

36

37 **Petitum:**

38

39 Das Studierendenparlament bekräftigt seine vergangenen Beschlüsse, in denen der AStA  
40 aufgefordert wird, sich öffentlich und hochschulpolitisch gegen jede Form der  
41 Reaktivierung oder Ausweitung von Wehrpflichtmodellen zu positionieren und

2

42 entsprechende Bündnisse mit zivilgesellschaftlichen und studentischen Organisationen  
43 einzugehen.

44 Der AStA wird ergänzend aufgefordert,

- 45 1. Informations- und Aufklärungsarbeit über die konkreten Auswirkungen der Wehr-  
46 und Meldepflicht auf Studierende zu leisten,
- 47 2. sich gegenüber den zuständigen Stellen für klarstellende Verwaltungsvorschriften  
48 einzusetzen,
- 49 3. sich auf Landes- und Bundesebene für die Abschaffung der Meldepflicht für  
50 Auslandsaufenthalte sowie gegen jegliche Einschränkung der Bewegungsfreiheit  
51 einzusetzen,
- 52 4. sich auch darüber hinaus für eine besser Zugänglichkeit von Auslandssemestern  
53 einsetzen.

54

### 55 **Begründung**

56

57 Zu Beginn des Jahres wurde in Deutschland der sogenannte „Neue Wehrdienst“  
58 eingeführt. Gegen diesen hat das Studierendenparlament sich bereits in seiner Sitzung  
59 vom 20. November 2025 ausgesprochen. Seit vergangener Woche schlägt nun ein Bericht  
60 der „Frankfurter Rundschau“ über folgendes für hohe Wellen: § 3 des Wehrpflichtgesetzes,  
61 der festlegt, dass Männer im Alter von 17 bis 45 Jahren längere Auslandsaufenthalte  
62 genehmigen lassen müssen, gilt nun dauerhaft und nicht – wie früher – nur im Spannungs-  
63 oder Verteidigungsfall.

64

65 Die Bundeswehr und das Bundesministerium der Verteidigung wissen unterdessen bis  
66 heute nicht, wie dieses Gesetz umgesetzt werden soll. Insofern verstoßen alle männlichen  
67 Staatsbürger zwischen 17 und 45, die die Bundesrepublik länger als drei Monate  
68 verlassen, derzeit zwangsläufig gegen das Gesetz. Das Verteidigungsministerium kann  
69 derzeit selbst keine Auskunft darüber geben, was die Folgen eines Verstoßes gegen diese  
70 Meldepflicht sind. Dies spricht dafür, dass bei der Einführung des neuen Wehrdienstes  
71 stümperhaft vorgegangen wurde und die Folgen des Gesetzes nicht bedacht wurden.  
72 Einmal mehr zeigt sich hier, dass dem Staat egal ist, welche Folgen die angestrebte  
73 „Wehrtüchtigkeit“ mit sich bringt, solange sie dazu führt, dass der Staat im internationalen  
74 Wettbewerb auch wieder militärisch mitspielen kann. Statt in Bildung, soziale Infrastruktur  
75 und internationale Verständigung zu investieren, setzt der Staat verstärkt auf militärische  
76 Aufrüstung und Kontrolle. Diese Entwicklung lehnen wir strikt ab!

77

78 Diese Unklarheiten belasten Studierende massiv. Sie führen dazu, dass ein  
79 Auslandssemester oder eine längere Exkursion mit immer weiteren Problemen einhergeht.  
80 Da hilft es auch nicht, dass das Verteidigungsministerium angekündigt hat entsprechende  
81 Ausnahmen zu erarbeiten, da diese auch spontan wieder rückgängig gemacht werden  
82 können. Die Einschränkung von Mobilität trifft dabei insbesondere Studierende aus nicht-  
83 privilegierten Verhältnissen, die ohnehin stärker auf Planungssicherheit und institutionelle  
84 Unterstützung angewiesen sind.